



AKKRÜTZEL

JENAS FÜHRENDE SENIORENZEITUNG

Kandidatin zeigt, wie
erledigt sie ist

Oberbürgermeister
beleidigt alle Jenaer im
n-tv-Interview

Ostbeauftragter
gesteht Versagen ein



Stadtgespräch

Landtag wirbt für die Teilnahme an den freien geheimen gleichen demokratischen Wahlen, von denen nicht gesagt werden kann, ob wir welche haben



An dem häufig für Wahlkampfstände genutzten Fleckchen an der Fußgängerzone steht ein Ständchen vom Thüringer Landtag, geworben wird für das Wählengehen als solches. Zwei Personen aus der Landtagsverwaltung repräsentieren die Demokratie. Vielleicht ist diese Reise für sie als Auszeichnung für gute Leistungen gewährt worden, oder sie haben angedroht, sich sonst krankschreiben zu lassen.

Natürlich haben wir eine Frage an sie.

Ob sie daran, dass am Vortag die demokratischen Kräfte den Gegenkandidaten an einem Wahlkampfauftakt in Lobeda gehindert haben, etwas auszusetzen haben.

Sie sind aber nicht autorisiert, eine Meinung zu haben.

Das Problem, dass, wenn Bürgern das Recht verwehrt wird,

sich Kandidaten anzugucken und nach eigenem Gutdünken zu bewerten, wir schwerlich von freien gleichen demokratischen Wahlen, zu deren Teilnahme die Landtagsverwaltung die Bürger hier auffordert, sprechen können, das wollen sie vielleicht nicht abstreiten, aber auf keinen Fall kontrovers diskutieren.

Ein örtlicher Typ meint, wir wendeten uns da an die Falschen, sollen wir doch mit Abgeordnetem und Kandidat Liebscher, SPD, reden, der wäre dabeigewesen. Machen wir nicht, alles hat Grenzen. Hier stehen halt diese da und vertreten den Staat, für den sie nichts können wollen als ganz nachrangig Beschäftigte.

Der Oberbürgermeister soll auch mitgegenprotestiert haben, darüber liegen uns keine Erkenntnisse vor, würde dem ähnlichsehen.

Eine Dame schickt sich an, den beiden zu erklären, was es ist, das die Wähler stört, wenn die Politik sich für unabhängig vom Wahlausgang erklärt. Dass es auch schon Teil des Problems ist, dass ihnen, den Staatlichen, so was von einer Bürgerin erklärt werden muss, wollen sie auch nicht weiter diskutieren.

Ein jüngerer Mann, dem eigenen Bekunden nach 27, das ist jünger, legt dar, dass seine Freunde zum großen Teil nicht wählen und warum. Ohne es zu wissen, folgen sie damit einer Empfehlung von Erich Kästner. Auf solche Konfrontationen sind die beiden aus der Landtagsverwaltung nicht gefasst, sie haben nur ihre vorgegebenen Erklärungsmuster über Frust und sonstige privaten Mängel parat, sie wollten sich doch nur mal einen schönen Tag außerhalb der Büros machen und den Leuten die Wichtigkeit des Wählens erzählen.

Mit dem gleichen Aufwand und weniger Klimabelastung könnte die Landtagsverwaltung zu den Parteien und Kandidaten gehen und ihnen anempfehlen, ein für die Wähler wählbares Wahlangebot zu machen, dann müsste das auch einen Effekt auf die Wahlbeteiligung haben.

Eine Studentin kommt an den Stand, beklagt den lauten alten Mann und sagt, sie werde Linke wählen, darauf freue sie sich, obwohl Ramelow ihr zu konservativ und zu christlich sei.

Man ist schon konservativ, wenn man nicht mehr den destruktiven Elan wie früher hat und den Grünen hinterherhinkt. Das mit dem Christlichen wird sie auch bald überwunden sehen, da freuen wir uns für sie. ●

Neue Protestform im Stadtrat: FFP2-Maske tragen

Linken-Mann Jens Thomas konnte von der Presse nicht zum Oberbürgermeister hochgeschrieben werden und wurde nicht einmal zu einem fünften Dezernenten befördert, nur für Kathleen wurde der vierte Dezernentenposten geschaffen, was sie sich redlich verdient hat durch ihr Erreichen der Stichwahl. Jens Thomas soll bildlich geschäumt und real die FFP2-Maske auf gehabt haben, was einer harschen Protestnote gleichkommt.

Muss er eben in den Landtag gewählt werden.



Kanzlerbesuch

Der Bundeskanzler kündigte sich in Jena an. Das klingt interessant, bis man merkt, dass es sich bei dem Bundeskanzler um Olaf Scholz handelt.

Verlegung

Der Wahlkampfauftritt von Sahra Wagenknecht in Lobeda wurde von einem zu einer Schule gehörenden Areal verlegt an den Platz mit Springbrunnen. Mit ihren Umfragewerten ist sie nicht mehr systemrelevant und muss vom staatlichen Platz herunter.

Anpassungen

In Jena haben bisher 37 Personen ihren Geschlechtseintrag



gemäß Selbstbestimmungsgesetz geändert. Da nicht gesagt werden kann, was zum Beispiel eine Frau ist, gibt es nur einen Weg, es herauszufinden, indem man selbst eine wird oder gar nichts mehr und feststellt, was dann nicht mehr ist. Darum muss das Gesetz unbedingt gültig bleiben, denn wenn die merken, dass es nicht das Richtige war, gäbe es sonst kein Zurück für sie.

Cem kam

Grünen-Zugpferd Cem Özdemir kam zur Wahlkampfveranstaltung der Grünen. Der Zeitpunkt war günstig gewählt, die Bauern müssen auf dem Feld arbeiten. Er schärfte das Profil durch die klare Darlegung, dass die Grünen nicht die anderen sind.

CSD

Der Christopher-Street-Day setzte ein Zeichen für Vielfalt, Buntheit und Weltoffenheit, es gab laut Polizei keine Zwischenfälle. Wenn wir noch vielfältiger, bunter und weltoffener werden, ist das auch nicht mehr gesagt.

Dummfreche Beleidigung aller Bürger durch den Oberbürgermeister, aber verdient

In journalistischer Routine macht n-tv.de das Interview mit Jena's Oberbürgermeister mit dem größten Affront auf: „Es gibt so etwas wie kollektive Gereiztheit“, gibt er von sich. Von wem auch sonst, aber schon dies ist gegen-darstellungsbedürftig. Nein, gibt es nicht, auch nicht so was wie.

Von kollektiver Gereiztheit zu sprechen, sagt vielleicht was darüber, wie er es zu verstehen imstande ist, auf intellektueller und politischer Ebene. In diesem Bild, das gut passen würde, um von Victor Klemperer besprochen worden zu sein, kommen Bürger, die sich eine Meinung bilden und in einer bestimmten Situation eine Wertung vornehmen, gar nicht vor. Kollektive Gereiztheit. Das ist was für die Masse, die sich reizen lässt.

Selbst wenn der Oberbürgermeister hier nur eine Ignoranz zur Schau stellte, wäre sie allein durch das Ausmaß eine Beleidigung bürgerschaftlichen Sinnes. Der ist natürlich in Jena nicht weiter ausgeprägt, deshalb kommt er damit durch, ohne auf ein gereiztes Kollektiv zu stoßen.

„Wie nehmen Sie die Stimmung im Land wahr?“ wird er gefragt. Als ob er eine Wahrnehmung der Stimmung im Lande hätte.

Er kann auch nichts weiter beitragen, als auf die Mehrheitsverhältnisse zu kommen. Was man eben in der Politik für die Stimmung im Lande hält.

„In Jena ist die immer ein bisschen anders. Wir haben hier andere Mehrheitsverhält-

nisse als im Rest Thüringens.“ Was daran liegt, dass im Rest Thüringens gearbeitet wird für den Jena-er vollverfetteten durchgefütterten Subventionsadel, der den Rest des Landes als Rest ansieht.

„Aber es gibt wie überall so etwas wie kollektive Gereiztheit. Das fing mit Corona an (...) Irgendwie ist die Lunte kürzer geworden. Der Wille, sich auf das Argument des Gegenübers einzulassen, schwindet. Die Bereitschaft, andere Meinungen erst einmal zu hören und gelten zu lassen, auch wenn man sich von diesen abgrenzt, die hat nachgelassen.“

Hier wird die Frechheit bodenlos.

Corona, ja? Das war, als die Politik sich von der Wissenschaft die Grundlagen liefern ließ, um gegen Leugner von Wissenschaft und Ideologie zu hetzen, und als die Presse mithetzte oder umgekehrt, als die Stadt gegen Demonstranten die linke Blöckmeute hetzte und als Faschisten, Nazis und Antikommunisten anschreien ließ, das waren dieselben, die den Oberbürgermeister im Amt duldeten, nachdem ihm die Gratulation zur Ministerpräsidentenwahl passierte, das war, als Argumente des Gegenübers gar nicht existierten und erst recht nicht zu gelten hatten.

Aber gut, hier wird das so gewollt.

Und er meint, das Thema Angst werde bespielt, Angst vor sozialem Abstieg und was auch immer.

Und während der Coronapolitik ging es um was?

Immerhin ist das mit der Angst nicht völlig falsch, die ist es, aus der heraus derzeit die Linken noch aggressiver werden.

Wir möchten ihn aber nicht missinterpretieren und fragten bei der Pressestelle an, ob der Herr Oberbürgermeister „Jena-solidarisch“ und die bekannten Gegendemonstrationen dem Bereich der schwindenden Bereitschaft, sich auf Argumente des Gegenübers einzulassen, zurechnet oder nicht.

Haben sie nicht gesagt, die Frage war zu schwer. ●



Report

Die Thüringer Spitzengrüne mahnt zur Eile nach der Wahl bis zur Konstituierung des neuen Landtags. Denkt sie an bestimmte Summen?



Die grünen Parteien und hauptsächlich die Partei Die Grünen sind in Panik vor den menschengemachten Wahlergebnissen. Die werden nicht so wild wie befürchtet, Umfragen sind keine Auszählungsergebnisse, aber alle paar Jahre Angst zu kriegen, muss unsere Demokratie aushalten.

Derzeit scheinen die Grünen keine Bleibeperspektive im Thüringer Landtag zu haben, die Umfragen zeigen nur noch, wieviele vollfinanzierte Grüne ihre Tröge wiederwählen wollen. Viele wünschen sich die gute alte Zeit zurück, als man über die Grünen als harmlose Spinner lachen konnte. Die Zeiten sind wie das Lachen unwiederbringlich vergangen.

Wenn eine Partei aus der Regierung weggewählt wird, ist das ein ziemlich deutliches Zeichen, dass nicht genügend Geld für Posten und Studien für die Politikfolgenabschätzung bewilligt wurde und dass nicht genug erklärt wurde, dass man sich an den Wirkungen der Politik zu erfreuen hat.

Folgerichtig hat die Spitzengrüne diffuse Ängste. Auf den Wahlplakaten ist wohl ihre Bösartigkeit mit Photoshop herausgefiltert, sie sieht aus wie eine ganz gewöhnliche Obergrüne, die ihr

Kompetenzloch mit Selbstgewissheit ausfüllt. Sie hat, so wurde es breit gemeldet, gemahnt, in der Zwischenzeit bis zur Konstituierung des neuen Landtages alles für die Erhaltung der Demokratie vorzubereiten, denn man erwartet ja immer bei den anderen, dass sie das Gleiche machen wie man selbst, nur andersherum. Es wäre darum nützlich, schon irgendwie eine Wahl des Ministerpräsidenten vorzubereiten. Vieles andere halt auch, Ricarda Lang spricht von neuen Formen der Demokratie, die nicht vom Wählerwillen abhängig sein sollen. Die Achtundsechziger machten eine außerparlamentarische Opposition. Ihre Nachfolger

bereiten sich auf die außerparlamentarische Führung vor.

Das Interessante bezüglich Thüringen ist jetzt, dass der CDU-Spitzenkandidat Mario Vogt, von dem nicht nachvollziehbar ist, wieso er Spitzenmann von irgendetwas ist, rechnerisch den Linken ein Angebot machen kann, ihn zum Ministerpräsidenten zu wählen, aber wenn Linke diese Möglichkeit haben, dann sagen sie: ja, machen wir, aber nur mit Ramelow als Ministerpräsident.

Der SPD-Chef, den gibt es auch noch, der macht bisher den Innenminister, ist auch ein Wessi, bei dem rätselhaft ist, wieso die Thüringer SPD sich den gewünscht hat, für den ist das alles neu, seine erste Wende.

Er redet so, als hätte er aus dem Politbüro vom Sommer 1989 plagiiert, aber das hat er natürlich nicht, der ist halt so.

Die Thüringer SPD ist so weit unten, dass es für sie eine Verbesserung bringt, den Bundeskanzler im Wahlkampf zu zeigen.

Warum nicht gleich Nancy Faeser. Schockwirkung kann auch zur Wahl motivieren. ●



Der Ostbeauftragte beklagt die Abwanderung aus Ostdeutschland. Er wird das doch wohl nicht zu persönlich nehmen

Als die SPD bundesweit von über vierzig Prozent der Wähler gewählt wurde, war Gerhard Schröder Kanzlerkandidat, er kündigte an, einen Staatsminister für Kultur einzusetzen, und plakatierte: „Der Aufbau in Ostdeutschland ist Chefsache“, was er mit der Berufung eines Beauftragten der Bundesregierung für die Koordination des Aufbaus in den neuen Bundesländern zu unterfüttern ankündigte. Diese Position, kurz Ostbeauftragter genannt, hatte zuerst Wolfgang Tiefensee inne, ein damals profilierter Oberbürgermeister von Leipzig, auch Mario Voigt, der jetzt an der rückwirkenden Aufwertung von Mike Mohring arbeitet, soll Ostbeauftragter gewesen sein, danach ein gewisser Wanderwitz, und nun Carsten Schneider, der Alterspräsident der jungen Bundestagsabgeordneten. Ein Trend lässt sich daraus nicht

ablesen, Wanderwitz ist wohl der Tiefpunkt unter den Totalausfällen, eine der vielen Personifizierungen der Merkelepoche. Claudia Roth als Kulturstaatsministerin ist, das kann wohl ohne größere Einwände festgehalten werden, das abscheulichste Ekelmonster, das bislang auf diesem Posten vorstellbar gewesen war.

Carsten Schneider hat nun bekanntgegeben, die Abwanderung aus Ostdeutschland bereite ihm Sorge.

Immer schön, wenn Männer über ihre Gefühle sprechen können.

Aber erinnert ihn das nicht daran, für die Koordination des Aufbaus in Ostdeutschland zuständig zu sein? Räumt er hier ein persönliches Versagen ein? Tut er natürlich, aber weiß er das?

Oder ist uns wieder das Entscheidende entgangen und der Ostbeauftragte wurde inzwischen

zum Ostbeauftragten umgewidmet, der sich an Runden Tischen fotografieren lässt und ansonsten dem Westfeuilleton erklärt, warum die Ostdeutschen nicht ausreichend gekauft wurden?

Fragten wir also an und baten bei der Pressestelle des Ostbeauftragten um die ergänzende Mitteilung, ob der Herr Ostbeauftragte in dieser Tatsache auch ein persönliches Scheitern sieht als Beauftragter für die Koordination des Aufbaus in Ostdeutschland oder ob er diese von Gerhard Schröder eingerichtete Funktion nicht mehr als die Kerntätigkeit ansieht.

Die riefen uns an, um mitzuteilen, dass sie die Leser des Senioren-Akrützel nicht für seriös genug halten, um sie einer Antwort würdig zu erachten.

Vielleicht kann er das, was er für Ostdeutschland getan hat, bald für die SPD tun. ●

Reporterin der Süddeutschen Zeitung hört die Geister der Vergangenheit

Unter Journalisten besteht der Wettbewerb, wer die meisten Hitler hat.

Kommt eine Reporterin der Süddeutschen Zeitung nach Eisenach, weil da die linke Oberbürgermeisterin im Wahlkampf steht, jetzt für die neue Bündnispartei, sie findet eine verlassene Fußgängerzone vor, mitten in der Nacht, da „gellt über das leere Pflaster ein Schrei“, den wir mit Achtundachtzig umschreiben, dem Codewort der Linken, das sie den Faschisten zuschreiben.

Zwei Indizien sprechen dafür, dass sie sich das na nicht ausgedacht aber eingebildet hat.

Erstens: Süddeutsche Zeitung.

Zweitens: Das kommt in der Natur nicht vor, dass über das leere Pflaster ein Schrei gellt, das ist Relotios-Stil. Jemand ruft etwas zu jemandem, und dann hätte sie die Polizei gerufen und mindestens Anzeige erstattet, um die Statistik geradezurücken.

Nun gibt ein Reporter, der dafür bekannt ist, Debes zu schreiben, seinen X dazu, er sei seit 53 Jahren in Thüringen, 25 Jahre als Journalist, dutzende Male in Eisenach gewesen, nie habe ein Neonazi so etwas für ihn veranstaltet, da komme einmal eine von der SZ, das sei unfair.

Also gibt es sogar bei ihm Grenzen? Rote Linien? Plausibilitäts-

kontrollen, durch die fällt, wer zu dicht an dem ist, wie sich alle alles vorstellen?

Nachdem sich das so anhörte und so verstanden wurde, als hege er professionelle Zweifel, hat er es aber nicht so gemeint. Wie es zeitungssdeutsch heißt, ruderte er zurück: er unterstelle keinerlei Falschberichterstattung, null, ihn ermüde nur die unreflektierte Bedienung von Klischees.

Unter Zeitungsleuten macht es das offensichtlich besser.

Wenn er aber null Zweifel anmeldet, heißt das, er meint es wirklich so, ganz unfair, dass er so was nicht erlebt hat und demzufolge nicht verwenden konnte. ●

Personen

Kein Publikum ist für die Kandidatin nur ein Problem weniger



Das Ding mit dem Gesicht zeigen vor Publikum, das erst oberhalb eines gewissen staatlichen Ranges so ausgewählt werden kann, dass es kein Risiko darstellt, ist nun tatsächlich der Teil, der einen gewissen Respekt verlangt, das können nicht alle, und es ist wenigstens gut, wenn man für eine der Parteien antritt, die anderen den Ärger bereiten und darum weniger selbst welchen bekommen. Wir bestaunten auch den Abgeordneten, bei dem wir dachten: Mit so einer Verlogenheit, wie schafft er es, dass ihm nicht die Hauptader platzt?

Eine Art von Respekt könnte auch die Abgeordnete, die sich zur

Wiederwahl stellt und ein Direktmandat will, dafür verdienen, dass sie das Ausbleiben von Publikum einfach übergeht. Das ist professionell, sich mit dem Gesprächspartner auf dem Sofa die Partei-schwafeleien zu liefern vor einem einzigen mutmaßlichen Hörer auf einem der etwa zehn Papphocker.

Das wäre professionell im Entertainment-Segment, im politischen ist es halt doch peinlich.

Zumal sie nichts anders zu bieten hat als narzisstische Selbstbezogenheit und selbstbezogenen Narzissmus. Das Wahlangebot ist, dass sonst andere gewählt würden und das wäre schlecht.

Das reicht für die Partei, und

auch in Jena kommt man damit weit.

Für sie ist das auch alles neu, vor 35 Jahren war sie noch nicht dabei. Sie würde keinen Anlass sehen, dass ihr etwas peinlich sein sollte. Interessant ist, dass die SED durchaus aus den Fehlern anderer zu lernen imstande ist, aus den eigenen hingegen nicht.

Darin zeigen sich dann doch die unterschiedlichen Profilierungen der im demokratischen Wettbewerb stehenden Parteien. Die bei der CDU gucken noch betreten, wenn man Golembiewski sagt und eine Aufarbeitung von Jena-solidarisch fordert. Die haben noch einen Rest von Schamgefühl. ●

DA LACHT DER HASS

JA GUT, DIE GRÜNEN SIND NICHT DIE AM GANZ HÄUFIGSTEN ZIELE VON HASS, ABER ZU AM MEISTEN UNRECHT.



IMPRESSUM

Rentnerisches Akrützel, Jenas führende Seniorenzeitung seit 2019

Initiative zur Förderung der Teilhabe Jenaer Senioren an der Informationsgesellschaft

Druck Kein Druck, nur Digitalvernetzung

Geplante Erscheinungsweise so regelmäßig wie möglich

Objektleitung, Diversity-Manager, ausführender ehrenamtlicher Redakteur mit Migrationshintergrund,

verantwortlich im Sinne des Presserechts der bekannte Karikaturist Bernd Zeller, Theo-Neubauer-Straße 9, 07743 Jena

Anregungen und Aufregungen an 0175-240 61 81 / Senioren-Akruetzel@web.de

Internetseite www.seniorenakruetzel.blogspot.de

Sonstiger Stoff

Mario Voigt gibt sich bürgernah und tut so, als würde er auf einen alten Trick hereinfallen

CDU-Thüringenchef Mario Voigt, laut Plakaten der nächste Ministerpräsident, hat es nicht leicht; seine Schadensbilanz als Ostbeauftragter liegt so etwa auf Carsten-Schneider-Niveau und wird nur durch seinen unmittelbaren Nachfolger Wanderwitz in ein mildes Licht gerückt. Nur gut, dass es uns nicht schert, wie schwer oder leicht es Mario Voigt hat.

Dramaturgisch interessant ist die Fallhöhe; er denkt ja wirklich, man würde ihn irgendetwas Regierendes werden lassen.

Als Zweitplatzierter würde er designierter Erstverlierer und könnte sich auf den Wählerwillen berufen, um den Mangel an politischem Geschick mit Machtanspruch auszugleichen.

Nun wurde uns, die wir darauf angewiesen sind, was uns erzählt wird, erzählt und wir glauben das mal so, dass ihm zu seinem Besuch am Mario-Voigt-Stand rund zwei Menschen gesagt haben, sie würden traditionell zwar grün wählen, aber diesmal, da die Grünen nicht in den Landtag kommen dürften, ihn, sofern er die Zusage mache, nichts zu tun, was die Kanzlerin rückgängig gemacht hätte, also sich nicht mit der Gegenpartei einlasse wie auch immer.

Ja, habe er gesagt, das sei so.

So wurde es uns erzählt, und wir haben keinen Grund, nicht zu glauben, dass es so war. Wofür es aber keinen Grund gibt, es zu glauben, ist, dass Anhänger der Grünen die CDU wählen aus welchen wahltaktischen Überlegungen auch immer. Für die Grünen wäre das natürlich die lange gesuchte Erklärung für ihre

schlechten Umfragewerte, aber diese Möglichkeit ziehen sie völlig zu Recht nicht in Betracht. Die gibt es nicht.

Wenn Mario Voigt schon politisch aktiv war, dann glaubt er das denen auch nicht, so viel Quadriga-Professor kann er gar nicht gewesen sein, als dass er darauf hereinfallen könnte.

Aber dass er so tut, das ist natürlich sehr bürgernah. Wenn die Bürger das Gefühl haben, dass ihnen geglaubt wird von den Politikern, dann fühlen sie sich vielleicht verpflichtet, den Politikern ebensolches Vertrauen entgegenzubringen, und die Gesellschaft wird zusammengehalten.

Auch am Schirmchen mit den ACDDU-Ortskräften hält man das „Nicht mit denen“ für das Beste, was man zu bieten hat, und glaubt, wegen des Status als Nichtregierungsorganisation für

nichts Vorwerfbares etwas zu können. Einer der Wahlkämpfenden, als seriöser Herr für die wertkonservative Optik hingestellt, wir wollen mal nicht die Ost/West-Teilung vornehmen, er ist aus Süddeutschland und findet nichts dabei, sich zonenübergreifend als Hendrik-Wüst-Anhänger zu erkennen zu geben, auch er führt selbstverständlich den Hauptkerninhalt „nicht mit denen“ an.

Nun ist es so, Linksgrün war sozusagen beinahe eigentlich abgewählt, wollte das nicht und erfand, dass es nicht gilt, wenn was mit denen gemacht wird. Nie und nichts mit denen, egal was, egal wofür, egal wo. Damit stellt Linksgrün das parteiliche Interesse über das des Landes.

Wenn die CDU übernimmt, nichts und nie mit denen, egal wo, was und wofür, dann stellt sie das linksgüne Parteiinteresse über das des Landes. ●



Die TLZ wird auch immer blöder

Wer der Verschwörungsgeschichte anhing, die Thüringische Landeszeitung könne nicht mehr dämlicher werden und mit der schamlosen TLZ-Gerlinde sei der Kipppunkt der Korruption nahegekommen, muss umdenken.

Auf der Titelseite der Wochenendausgabe hat die TLZ als Titelbild einen Brief, und zwar einen, den ein gebürtiger Thüringer, der es zu einer Pädiatrie-Professur in Heidelberg gebracht hat, seinem Vater geschrieben hat, worin er ihn an seine Verantwortung bei den Wahlen erinnert im Interesse auch des Sohnes, der ja nicht in Thüringen wählt, und dessen Kinder, warum denkt niemand an die Kinder, die brauchen eine Welt voller Klima und Vielfalt, so ein Kram halt, und der Vater könne doch wählen was er wolle und sagen was er möchte, darum solle er nicht falsch wählen und, wörtlich, nicht vom „Failed State Thüringen“ und Ähnlichem reden.

Eine Professur in Heidelberg reicht schon, um zum Wessi zu werden und dem Thüringer Vater eine klare Ansage mitzugeben.

Professor aus Heidelberg, das klang früher wie eine Horrorfigur aus Schauerfilmen, gespielt von Peter Lorre, oder der war der nicht minder schreckliche Assistent, dann gab es Paul Kirchhof mit dem Schreckenskonzept einer einfachen Einkommenssteuer, jetzt ist es ein besorgter Sohn, der aus dem Westen schreibt.

Wir sind inzwischen an dem Punkt angelangt, dass wir glauben, dieser Brief ist echt. Das kann gut sein, dass ein badenwürttembergisierter eingegrünter Exthüringer so schreibt wie ein TLZ-Autorenkollektiv unter Zuhilfenahme Künstlicher Intelligenz, dass dieser Brief an die Zeitung durchgestochen wird und dass die Redaktion sagt: Genau, das ist das fehlende Bindeglied zwischen unserer Weltoffenheit und der Glaubwürdigkeit, die unsere Leser für die Festigung ihrer Wahlentscheidung brauchen!

Uns interessiert nun: Bekommt der Vater auch eine Titelseite für seinen Antwortbrief und, wenn ja, noch vor den Wahlen?

Dies fragten wir bei der Chefredaktion der TLZ an.

Wir erhielten zur Antwort: „Der Vater kannte den Brief schon vor Drucklegung. Bisher hat er sich nicht dazu geäußert, ob er seinem Sohn öffentlich antworten will.“

Das wäre so zu verstehen, dass es allein vom Vater abhängt, ob sich die TLZ wieder eine leichte Titelseite macht. Die Rede ist nicht von bestimmten Qualitätsanfor-

derungen, die das Antwortschreiben erfüllen müsse, zumal wir davon ausgehen, der Vater schreibt in korrektem Deutsch.

Soll er sich also beeilen, die Wahlen sind bald, aber es ging ja nicht um Einflussnahme, sondern nur um Darstellung des Konfliktes, insofern hat die Zeitung keine Eile. Vielleicht wäre dafür, eine Antwort zu drucken, auch die Heidelberger Zeitung zuständig. ●



Jenaer Impressionen



Neu

Kostenloses Gratis-PDF zum Umsonst-Herunterladen
für 0,- Euro ohne Bezahlschranke

Die Aufarbeitung des Grünen Reiches

Auf www.zellerzeitung.de unten bei den Klassikern

Andere Klassiker ebenda:



Cartoons
of
Love
and
Hate



DAS DING für Ihre Einweihungsparty
oder alle anderen Events



**BEKANNTER KARIKATURIST ZEICHNET
ALLE, DIE DAS WOLLEN
(03641) 619434
IN JENA ~~AB~~ BIS 300,- EURO**



Studie: Das war der wärmste Wahlkampf seit Beginn der Aufzeichnungen



Noch nie waren die Schirme so wichtig an den Wahlkampfständen, denn sie spendeten den Schatten, den die Demokraten so dringend brauchten. Der Nutzen verpuffte dadurch, dass sie sich trotzdem in Bodennähe aufhalten mussten. Die aufgeheizte Stimmung war daher mehr als nur im übertragenen Sinne zu verzeichnen, die Thermometer kratzten durchweg an der nächsthöheren Gradzahl.

Warum scheinbar zunehmende Schulgewalt ein gutes Zeichen ist



Wenn man so alt ist wie ich, was ich nun mal bin, erinnert man sich, dass es in den Schulen früher viel mehr Gewalt und Messerattacken gegeben haben muss, denn sie waren wohl so alltäglich, dass sie nicht weiter auffielen. Jetzt fallen sie auf, und warum das ein gutes Zeichen ist, dürfte klar sein. Aufmerksamkeit und Sensibilisierung sind die Voraussetzung für den Zusammenhalt der Gesellschaft, der keineswegs so selbstverständlich und unsterblich ist, wie wir es uns wünschen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk findet heraus: Die Ostdeutschen vermissen die Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der DDR



75 Jahre DDR, na was da los wäre, sowohl was Vorbereitungen als auch Durchführung anbelangen würde. Wohnungen würden vergeben und Straßen würden angemalt, Prämien würden gezahlt und Betriebsfeiern veranstaltet. Wie das Recherchedaktionsnetzwerk der Rundfunkanstalten feststellte, ist aber nichts los, und das macht den Ostdeutschen zu schaffen, weil sie sich schon wieder zurückgesetzt fühlen, und dann steigt in ihnen der Groll hoch und sie werden demokratieverdrossen. Das lassen sie zunehmend sogar an Journalisten aus. Das wird wohl nichts mehr mit denen, so der Befund.

Plan: Bernhard Stengele und Madeleine Henfling gründen ein Theaterduo und tingeln durch das Land

Was macht man, wenn man im großen Stil abgewählt wird und absolut nichts kann? Diese Frage stellt sich für die Doppelspitze der Thüringer Grünen zum Glück nicht, denn er ist Theaterfachmann und hat schon Erfahrungen sowie Connections. „Wir denken an so was wie Dinner for One oder Ein verrücktes Paar, vielleicht macht auch die frühere Theaterpraktikantin mit“, sagen sie in ihrer Pressemitteilung, nach der sie schon erste Anfragen erhalten haben.

